

CNG plant Initiative : Kinderzulage von 600 Franken

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **95 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840778>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tecklenburg, dass auch innerhalb des «sekundären Arbeitsmarktes» höher Qualifizierte bessere Chancen haben, einen «Integrations-Arbeitsplatz» zu erhalten als unqualifizierte Personen². «Wir müssen uns all dieser Risiken bewusst sein und sie im Rahmen des Möglichen bekämpfen, aber sie bedeuten noch nicht, dass «Eingliederungsverträ-

ge» als aktive Integrationshilfe pauschal abgelehnt werden müssen. Sonst bedeutete dies eine Abdankung der öffentlichen Hand, und wir nähmen auch ohne «Sozialdividende» eine Betonnie- rung der «Zweidrittelsgesellschaft» in Kauf», sagte Ueli Tecklenburg in seinem Referat vor den SKOS-Vorstandsmitgliedern.

gem

² Rita Baur: Le marché du travail secondaire en Suisse, in: Vie économique 1/98; Dominique Felder: Rapport d'évaluation de la loi genevoise sur le revenu minimum cantonal d'aide sociale pour les chômeurs en fin de droit, Genève, 1997; Soliwork – Soziale Integration und Sozialhilfeablösung durch Erwerbstätigkeit, Sozialdepartement der Stadt Zürich, 1997.

CNG plant Initiative

Kinderzulage von 600 Franken

Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) will Druck machen für ein zeitgemässes Familienzulagensystem in der Schweiz. Er bereitet eine Volksinitiative vor, die Kinderzulagen von rund 600 Franken pro Monat fordert.

Die Familienzulagen seien lückenhaft, zersplittert und sehr uneinheitlich, schreibt der CNG. Im Wallis und in Zug werden für ein Kind monatlich 200 Franken bezahlt, in Genf oder im Thurgau dagegen nur gerade 135 Franken. Die bereits 1991 eingereichte parlamentarische Initiative Fankhauser, die die Einführung eines gesamtschweizerischen Kinderzulagensystems vorsieht und eine einheitliche Kinderzulage von mindestens 200 Franken erreichen möchte, kommt nicht vom Fleck und ist im Rahmen des von Finanzminister Villiger einberufenen «Runden Tisches» bis ins Jahr 2001 aufs Eis gelegt worden.

Für die Finanzierung schlägt der CNG eine eidgenössische Erbschafts-

steuer vor. Damit könne dem Gedanken des Ausgleichs unter den Generationen nachgelebt werden, schreibt Gewerkschaftspräsident Hugo Fasel. Pro Jahr werden rund 25 Mia. Franken durch Erbschaft und Schenkung an die Nachkommen weitergegeben – häufig steuerfrei oder zu einem tiefen Satz, denn immer mehr Kantone haben im Konkurrenzkampf um gute Steuerzahler die kantonale Erbschaftssteuer abgeschafft.

Dass Alleinerziehende und junge Familien mit Kindern zu den wichtigsten Gruppen gehörten, die unter Armut litten, sei durch verschiedene Studien erhärtet, schreibt der CNG und verweist unter anderem auf die Armutsstudie Leu und die BASS-Studie zu den Kinderkosten in der Schweiz (siehe ZeSo 5/98, Seite 74ff). Die Initiative wird sich in bezug auf die Höhe der Kinderzulagen an den Vorschlägen des Berner Büros BASS orientieren.

cab